

Unterlagen-Checkliste A1b

Bis zur Einreichungsfrist durch den Antragsteller in Papierform beizubringende Unterlagen:

- Nachweis der Gesamtfinanzierung
(Nachweis der baren Eigenmittel und/oder Kreditbereitschaftserklärung einer Bank; für Gebietskörperschaften ab einem Eigenanteil von 10.000 EUR eine positive gemeindegewirtschaftliche Stellungnahme oder eine positive rechtsaufsichtliche Beurteilung der Rechtsaufsichtsbehörde einschließlich der Folgekosten unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung)
- Ausgefülltes und unterschriebenes LEADER-Vorhabenblatt (zusätzlich in digitaler Form)
- Fotos vom Ist-Zustand des Objektes (zusätzlich in digitaler Form)
- Flurkartenauszug mit eingezeichneter Lage des Objektes (zusätzlich in digitaler Form)
- Bei Relevanz - Nachweis des Eigentums oder gleichgestellter Eigentumsrechte
(Grundbuchauszug, Auflassungserklärung des Notars, Erbbauberechtigung - Achtung: Ein Kauf- bzw. Schenkungsvertrag ist nicht ausreichend!; bei Straßen öffentliche Widmung und Nachweis erforderlicher Bauerlaubnisse bzw. Erklärung, dass für das Vorhaben keine erforderlich sind; bei Leitungsnetzen und Beschilderungen der Nachweis der allgemeinen Verfügungsberechtigung)
- Erklärung, dass zum Einreichungszeitpunkt keine Förderung des Vorhabens aus folgenden Förderprogrammen möglich ist
 - RL KStB
 - RL Schulhausbau
 - RL Kita-Invest
 - Kulturraumförderung
 - RL Hochwasserschutz
 - RL Brachenberäumung (Landesbrachenprogramm)
 - RL Ländliche Entwicklung
 - RL DIOS
 - Rückbau Wohngebäude
 - ESF
 - RL Natürliches Erbe
 - RL Denkmalschutz
- Erklärung, dass folgende Fördertatbestände nicht Inhalt des Vorhabens sind:
 - Grunderwerb, einschließlich der Nebenkosten
 - zoologische Einrichtungen, Bowlingbahnen, Go-Kart-Bahnen, Fitnesscenter, Diskotheken, Frei- und Hallenbäder
 - Einrichtungen der Nahversorgung über 800 m² Gesamthandelsfläche, wobei nicht öffentlich zugängliche Flächen, wie Flur, Lagerflächen, Büro- und Sozialräume unberücksichtigt bleiben
 - Schaffung von Wohnraum zur Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung
- Erklärung, dass das Vorhaben nicht ohne eine Förderung umgesetzt werden kann
- Bei Schaffung von Wohnraum durch Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Bestätigung durch einen Bauvorlageberechtigten, dass es sich nicht um den alleinigen Dachausbau und nicht um eine bloße Erweiterung eines bestehenden Wohnsitzes handelt
- Bei investiven Vorhaben an/in Gebäuden - Nachweis zum Alter des Gebäudes (Urkunde, Bauakte, Bestätigung Stadt- oder Gemeindeverwaltung o. ä.); Sofern das Vorhaben Wohnzwecken dient, ist eine Förderung nur für Gebäude mit Baujahr vor 1946 möglich

- Bei gewerblichen Vorhaben (außer Vorhaben zur Vermietung und Verpachtung) - Geschäftsplan, der die demografische Entwicklung berücksichtigt und nachvollziehbar die Nachhaltigkeit des Vorhabens darlegt
 - Erläuterung des Vorhabens und der Geschäftsidee
 - Beschreibung des Produkts beziehungsweise der Dienstleistung
 - Bedarfsanalyse des Marktes
 - Darstellung der Zielgruppe
 - Marketingstrategien
 - Chancen und Risiken
 - Personalplanung und Umsatzkalkulation
 - Investitionsbedarf und Finanzplanung
 - Darstellung der Wirtschaftlichkeit des geplanten Vorhabens über einen Betrachtungszeitraum von fünf Jahren
- Erklärung, ob das Gebäude bzw. die Anlage unter Denkmalschutz steht - wenn ja, sind eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung und eine Förder-Negativbescheinigung der Unteren Denkmalschutzbehörde erforderlich
- Bei Schaffung von Wohnraum durch Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Erklärung, dass es sich um einen privaten Antragsteller handelt und das Gebäude nach Vollendung des Vorhabens durch den Zuwendungsempfänger oder Antragsteller oder dessen Verwandtschaft 1. Grades selbst genutzt wird
- Bei Schaffung von Wohnraum durch Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Bescheinigung des Meldeamtes, dass das Gebäude zwischen 1990 und dem Zeitpunkt der Antragstellung vom Antragsteller nicht zu Wohnzwecken genutzt wurde
- Bei Schaffung von Wohnraum durch Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Erklärung zum Besitz weiteren Wohneigentums
- Bei Schaffung von Wohnraum durch Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Geburtsurkunde für minderjährige Kinder, die nach Fertigstellung des Vorhabens das Gebäude mit beziehen werden
- Bei Unternehmensgründungen - Betriebskonzept sowie eine Stellungnahme zur Plausibilität des Betriebskonzeptes durch die zuständige Kammer
- Sofern das Vorhaben Bepflanzungen enthält - Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde, dass dies mit regionstypischen Arten erfolgt
- Bei investiven, auf den Gemeinbedarf ausgerichteten Vorhaben - Nutzungskonzept
- Erklärung des Antragstellers, dass es sich nicht um die Schaffung einer gastronomischen Einrichtung handelt
- Bei investiven Vorhaben an Gebäuden - Bestätigung durch einen Bauvorlageberechtigten, dass bei der Umsetzung die Anforderungen der Energieeinsparverordnung in der jeweils geltenden Fassung eingehalten werden
- Bei Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Bestätigung durch einen Bauvorlageberechtigten, dass die Bausubstanz in Anlehnung an die ortstypische regionale Baukultur erhalten bzw. wiederhergestellt wird.
- Bei Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Skizze der Gestaltung der Außenfassade
- Bei Wieder-/Umnutzung von teilweise bewohnten/genutzten Gebäuden - Erklärung, dass das Vorhaben nur den leer stehenden oder ungenutzten Teil des Gebäudes betrifft
- Bei investiven Vorhaben - Erklärung, dass das Vorhaben keine Anlagen zur Videoüberwachung umfasst